

Regierungsratsbeschluss

vom 24. Juni 2003

Nr. 2003/1159

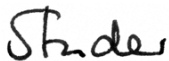
Selbständige Gerichtsverwaltung: Eröffnung des öffentlichen Vernehmlassungsverfahrens

1. Erwägungen

Im Rahmen von SO+ (Massnahme Nr. 10) hat der Regierungsrat eine Arbeitsgruppe mit der Prüfung und Vorbereitung der Einführung der selbständigen Gerichtsverwaltung beauftragt. Die Arbeitsgruppe legt das Ergebnis ihrer Arbeiten in Form einer Vernehmlassungsvorlage vor. Damit sollen die Rechtsgrundlagen für eine prinzipielle Selbstverwaltung und eine klare Führungsstruktur der Gerichte geschaffen, am Ober-, Verwaltungs- und Versicherungsgericht die Möglichkeit von Teilzeitrichterstellen eingeführt, die Organisation der obersten kantonalen Justiz optimiert und die Verwaltungsgerichtsbarkeit durch Abschaffung der Finanzausgleichsrekurskommission und der Rekurs-Schätzungskommission weiter konzentriert und professionalisiert werden.

2. Beschluss

- 2.1 Auf Antrag des Bau- und Justizdepartementes, Amt für Justiz, wird die Vorlage "Selbständige Gerichtsverwaltung" in erster Lesung beraten und beschlossen.
- 2.2 Das Bau- und Justizdepartement, Amt für Justiz, wird ermächtigt und beauftragt, das öffentliche Vernehmlassungsverfahren über diesen Entwurf durchzuführen. Die Vernehmlassungsfrist läuft bis 30. September 2003.
- 2.3 Die Vorlage wird an einer Medienkonferenz vorgestellt. Die Konferenz sowie Druck und Versand sind mit der Staatskanzlei abzusprechen.



Yolanda Studer

Staatsschreiber – Stellvertreterin

Beilage

Botschaft- und Vernehmlassungsentwurf Selbständige Gerichtsverwaltung

Verteiler

Regierungsrat

Bau- und Justizdepartement (2) FF/br

Amt für Justiz (FF, 20) A 3/2001ff.

Staatskanzlei (SCH, STU, AST, SAN)

Amtsblatt (Publikation des Vernehmlassungsverfahrens; später bzw. nach der unter Ziffer 2.3 des
Dispositivs erwähnten Medienkonferenz)

Medien (D. Cahannes; später bzw. bis zu der unter Ziffer 2.3 erwähnten Medienkonferenz)